

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zusätzlich
der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die drei-
gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Markkurs — Warenpreise — Löhne.

Je später es gelingt, die durch den Krieg losgerissenen Verbindungen der Weltwirtschaft wieder zu knüpfen, um so tiefer sinkt der Wert der deutschen Mark, um so höher steigen die Warenpreise und desto mehr werden die Lebensmöglichkeiten der Arbeiter sich verschlechtern. Die Erschütterungen unserer Weltwirtschaft setzten besonders stark ein mit den die deutsche Volkswirtschaft schwerer belastenden Reparationsleistungen von Mitte 1921 an. Die Papierflut stieg rasch. Die schwebende Schuld des Reiches betrug Mitte 1921 187 538,58 Millionen Mark, im April 1922 bereits 276 544,18 Millionen Mark, und sie steigt unaufhaltsam weiter. Jeden Monat muß Deutschland 50 Millionen Goldmark an Reparationsleistungen zahlen; das waren, gemessen an amerikanischen Dollar, Mitte Mai 3450 Millionen, und Mitte Juni bereits 3650 Millionen Papiermark. Sinkt der Markkurs, dann steigen die Lasten. Wie lange wird Deutschlands Volkswirtschaft das aushalten können? Die 60 Milliarden Papiermark Zwangsanleihe bedeuten natürlich keine Lösung, sondern nur eine Verschiebung der Last. Die Hoffnung auf eine internationale Anleihe war im Mai für unsere fränke Volkswirtschaft Nebensache, der Bericht des Bankierkomitees an die Reparationskommission gilt. Der Bericht stellt fest, „daß die Wiederherstellung des auswärtigen Kredits Deutschlands so lange unmöglich ist, als die geldgebenden Kreise keine Sicherheit sehen, daß Deutschlands Verpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgesetzt sind, innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liegen“, und weiter, „daß in einigen der wichtigsten Länder, namentlich den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die Kapitalisten in einer Anleihe an Deutschland, die nicht dazu berechnet ist, eine endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeizuführen, keine wirkliche Anziehungskraft finden würden“. Diese Feststellungen sind sehr ernst zu nehmen; denn die Wirtschaft in den Siegerstaaten und neutralen Ländern steht nicht glänzend; es sei hier nur an die Geschäftsflaute und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit erinnert. Unter einer Entwertung der Mark leiden auch die andern Völker. Wenn trotzdem die internationale Anleihekommission uns nichts botte, dann muß sie die deutsche Wirtschaft recht trostlos angesehen haben. Deutschland ist ein wichtiges Glied im Gefüge der Weltwirtschaft, und ist dieses Glied in einem schwerkranken Zustand, dann wird selbstverständlich der ganze Organismus davon in Mitleidenhaft gezogen. Solange Deutschland keine vernünftige Herabsetzung der Gesamtreparationen zugestanden wird, bleibt nur übrig, daß die Notenpresse mit Hochdruck arbeitet, und die Folge ist immer größere Verschuldung und Teuerung.

In welch innigem Zusammenhang Markkurs und Warenpreis stehen, zeigt folgende Tabelle:

Jahr und Monat	Indizes des Statistischen Reichsamts			Für den Dollar wurde an der Berliner Börse bezahlt
	Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten	Ernährungskosten	
1913/14	100	100	100	4,20
1919, Juli	412	1176	1156	15,04
1920, Januar	1439	944	1265	39,48
1921, Juli	1428	963	1274	64,91
1921, Dezbr.	2487	1550	2088	76,67
1922, März	5439	2629 (2902)	3602 (3152)	191,98
1922, April	6355	3175 (2804)	4356 (3780)	284,19
1922, Mai	6574	3462 (3048)	4680 (4006)	291,-
1922, Juni	6574	3462 (3048)	4680 (4006)	290,72

Jahresdurchschnitt. * Diese Zahl ist der „Frankfurter Zeitung“ entnommen.

Wir sehen also nach dem Beginn der Reparationszahlungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 eine sprunghafte Steigerung der Warenpreise und eine stetige Verschlechterung des Markwertes. Für einen Dollar zahlte man im Mai 60mal soviel als vor dem Kriege; die Papiermark hatte am Dollar gemessen also einen Wert von 1,4 %, dagegen noch im Juli 1921 5,5 %, im Juli 1920 10,6 % und im Juli 1919 28 %. Die Großhandelspreise haben sich seit Juli 1921 um das 4,6fache und seit Dezember 1921 um

88,5 v. H. erhöht. Die Kleinhandelspreise (Lebenshaltungskosten) sind seit Dezember noch mehr gestiegen, nämlich um 96,6 v. H. Bei den Indizes über Lebenshaltungs- und Ernährungsindex muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sie kein Existenzminimum darstellen, sondern nur einen ungefähren Maßstab zur Feststellung der Preissteigerungen. Die Reichsteuerungsstatistik (Kleinhandelsindex) ist im Winter 1919/20 vom Statistischen Reichsamt eingeführt und erstreckte sich zunächst auf 47 Gemeinden. Erst im März dieses Jahres ist sie auf 71 Städte ausgedehnt und auch die Wägungen der Teuerungszahl sind einer kleinen Veränderung unterzogen worden. Die Zahlen nach den alten Wägungen haben wir in Klammern beigefügt. Die Reichsteuerungsstatistik umfaßt bekanntlich Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung; läßt also die Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Hausstand, Steuern, Versicherung, Verkehr, Schule usw. außer Ansatz. Und gerade diese Ausgaben sind gewaltig gestiegen und belasten den Familienhaushalt sehr schwer. Das drückt sich ja auch in den Großhandelspreisen aus. Während diese seit 1914 um das 65,7fache gestiegen sind, ist die Reichsteuerungszahl nach der neuen Berechnungsmethode für Ernährung auf das 46,8fache und für die Lebenshaltung auf das 34,6fache gestiegen. In welchem Verhältnis die Preisbewegung der einzelnen Warengruppen zueinander steht, wird durch die auf den Schlag des 15. Mai berechneten Indizes dargestellt.

Warengruppen	April 1922 (Monatsdurchschnitt)	15. Mai 1922 (Schlag)
1. Getreide und Kartoffeln	6169	5754
2. Fette, Zucker, Fleisch und Fisch	5049	5406
3. Kolonialwaren, Hopfen	8708	8992
4. Häute und Leder	6957	6885
5. Textilien	9505	10331
6. Metalle und Petroleum	6378	6354
7. Kohlen und Eisen	6241	7551
8. Lebensmittel	6086	5892
9. Industriellstoffe	6858	7849
10. Landmaschinen	5985	6181
11. Einfuhrwaren	8203	8541
Gesamtindex	6355	6574

Die Preissteigerung der Textilien hat also bereits das Hundertfache des Friedensstandes überschritten. Das ist eine ungeheure Uebersteuerung, die ihre Ursache nicht zum geringsten Teil in der maßlosen Profitgier der Textilfabrikanten hat. Die Textilindustrie macht glänzende Geschäftserfolge. Er verteilen an Dividende:

U. G. für Reinengarn vorm. Renner & Co. Nibbsdorf	25 %
Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Göttingen	40 "
Sächs. Wollgarnfabrik U. G. vorm. Zittel & Krüger, Leipzig	36 "
Deutsche Zuleinerei und Weberei, Meissen	25 "
Wierener Spinnerei U. G.	25 "
Niedberger Wollindustrie U. G.	25 "
Wollspinnerei und Weberei U. G., Odenkirchen	40 "
Wirtelb. Baumwollspinnerei und Weberei, Esping.	30 "
Sächsische Kammgarnspinnerei, Hartau	30 "
Hawensberger Spinnerei, Viehsfeld	25 "
Kulmbacher Spinnerei, Kulmbach	25 "

Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die vollen Gewinne an der Dividendenzahlung noch lange nicht zum Ausdruck kommen.

Wie ist demgegenüber das Einkommen des Arbeiters? Zu dieser Feststellung müssen wir in die Vorkriegszeit zurückgreifen und die Entwicklung der Löhne mit den Warenpreisen vergleichen.

Die Indizes der Großhandelspreise ist nach Angaben des Statistischen Reichsamts, gemessen an dem Durchschnitt der zwei Jahreshälften 1886 bis 1890 und 1910 bis 1914, in den letzten 25 Jahren vor dem Kriege um 26,9 v. H. gestiegen. Die Stundenlöhne der Maurer betragen im Reichsdurchschnitt 1890 33,8 M und 1914 etwa 57 M (1915/16: 58,2 M , von 1914 bis 1915/16 trat eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1 bis 1 1/2 % ein). Wird der Jahresverdienst des Bauarbeiters mit 240 vollen Arbeitstagen in Rechnung gestellt und für den Tag im Jahr 1890 durchschnittlich 10 M und bei Kriegsbeginn 9 1/2 Stunden angenommen, so ergibt

das 1890 einen Jahresarbeitsverdienst von 851,76 M und 1914 von 1299,60 M , also eine Steigerung um 52,6 v. H. Danach war es den Bauarbeitern mit Hilfe ihrer Organisation gelungen, in den 25 Jahren nach dem Sozialistengesetz bis zum Kriege, ihr Arbeitseinkommen um 26 v. H. über die Steigerung der Kosten des Lebensunterhaltes zu heben. Welche Summe von Leben, Freude und Glück steckt in dieser Last? Die Arbeitererschaft begann leistungsmäßig an den Errungenschaften der Kultur, bis im August 1914 ein jäher Sturz erfolgte. Nun begannen die Leidensjahre der arbeitenden Volksschicht. Die Lebensverhältnisse verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. Wir brauchen die schrecklichen Gemüter- und Schicksalschicksale hier nicht aufzuzählen, es genügt, darauf hinzuweisen, daß in einer der letzten deutschen Anwohnern an die Reparationskommission festgestellt wird, daß seit 1913 der Rückgang des Fleischverbrauchs 55 bis 60 % und der des Brotverbrauchs etwa 24 % beträgt.

Gart lagen noch die ersten Nachkriegsjahre mit ihrer großen Arbeitslosigkeit auf der deutschen Bauarbeitererschaft. Erst im Spätsommer 1921, als sich die Bautätigkeit mehr belebte, trat eine schwache Hemmung des Abgleitens ein. Wie war die Entwicklung der Warenpreise und Löhne von 1890 bis Mitte 1921? Die vom Statistischen Reichsamt errechneten Großhandelspreise waren bereits im Jahre 1920 durchschnittlich auf das 19fache und 1921 auf das 24,4fache gestiegen gegenüber dem Durchschnitt der Jahreshälften 1886 bis 1890. Im Juli 1921 stand der Stundenlohn der Maurer im Reichsdurchschnitt auf 64,5 M , danach hätte der Jahresarbeitsverdienst bei 240 Arbeitstagen zu je 8 Stunden 12 385,92 M betragen. Das ist seit 1890 eine Steigerung des Verdienstes um das 14,5fache. Während also bis 1914 die Lohnsteigerung die Bewegung der Warenpreise im Großhandel weit übertraf, blieben die Löhne vom Beginn des Krieges an immer mehr und mehr zurück.

Zur Gewinnung einer laudenden Uebersicht über die Löhne werden vom Verbandsvorstand seit Juli 1921 monatliche Feststellungen getroffen. Die Feststellungen erstrecken sich jeweils auf 520 der wichtigsten selbständigen Lohngebiete, die sich auf das ganze Reich verteilen. Die Vororte dieser Lohngebiete gehören den verschiedenen Größenklassen an; nach der Einwohnerzahl sind es 42 Großstädte, 153 Mittelstädte (20 000 bis 100 000 Einwohner), 164 Orte von 10 000 bis 20 000, 134 Orte von 5000 bis 10 000 und 27 Orte unter 5000 Einwohnern. In diesen Lohngebieten zeigt sich nun folgende Entwicklung des Stundenlohnes:

Jahr und Monat	Der Stundenlohn betrug für		
	Maurer	Hilfsarbeiter	Ziefbauarbeiter
1915/16	55	45	44
1919, Juli	188	174	177
1920, "	506	487	482
1921, Januar	546	524	512
1921, Juli	597	571	552
1921, Ende Dezember	1046	999	971
1922, " März	1444	1375	1341
1922, " April	1859	1776	1694
1922, " Mai	2221	2128	2090

Die Steigerung beträgt von 1914 bis Mai 1922 das 40,4fache, 47,3fache, 47,5fache
" Juli 1921 bis Mai 1922 das 3,7 " 3,7 " 3,8 "

Die Steigerung der Stundenlöhne geht bei den Hilfs- und Ziefbauarbeitern über die Indizes. Wer jedoch das Einkommen der Bauarbeiter nur nach den Stundenlöhnen beurteilen wollte, wäre in einem schweren Irrtum befangen. Denn bei den Bauarbeitern ist der Stundenlohn nicht gleichbedeutend mit Wochenlohn oder Jahresverdienst. Wenn der Wochenlohn im Mai 1922 dem von 1915/16 (der tatsächliche Vorkriegslohn wäre, wie schon oben bemerkt, noch um etwa 1 bis 1 1/2 % niedriger) gegenübergestellt wird, dann ist in erster Linie die eingetretene Arbeitszeitverfälschung zu berücksichtigen. Wir haben nun für die 520 Lohngebiete festgestellt, daß die durchschnittliche wöchentliche Sommerarbeitszeit 1915/16 58 1/2 Stunden und 1920/22 47,7 Stunden betrug.

Danauf stellten sich Wochenlohn und Steigerung wie folgt:

Jahr und Monat	Maurer M.	Steige- rung	Hilfs- arbeiter M.	Steige- rung	Ziefbau- arbeiter M.	Steige- rung
1915/16	82,17	-	96,82	-	95,74	-
1920, Juli	241,98	7,5	232,80	8,8	229,91	8,9
1921, Juli	284,77	8,9	272,37	10,3	263,30	10,2
1921, Dezember	498,94	15,5	476,52	18,1	463,17	18,0
1922, Mai	1059,42	52,9	1015,06	33,6	996,93	33,7

Diese Aufstellung zeigt, daß bis zum Mai die Lohnsteigerung noch nicht einmal die Steuerungssteigerung für Ernährungs-
kosten eingeholt hat, ganz zu schweigen von der Großhandels-
preisindexsteigerung.

Die Reichsteuerungszahl für Lebenshaltungskosten und Ernährungs-
kosten betrug gegenüber 1914 im Juli 1920 das 8,5 und 11,5fache, im Juli 1921 das 9,6 und 12,7fache, im
Dezember 1921 das 15,5 und 20,8fache und im Mai 1922
das 34,6 und 48,8fache. Bis Ende 1921 waren also die Löhne
weit hinter der Steuerung zurück. Im Dezember hatte
sich aber nur um 10% der Reichsteuerungsziffer eingeholt. Das
ist aber nur scheinbar so; denn es handelt sich um den Lohn
an Jahreszins. In der ersten Hälfte des Dezember war
er viel niedriger, und dann stand er auch schließlich, wie
immer, auf Wochen hinaus wieder still, während die
Steuerungskurve weiter steil anstieg. Und wir haben für
Dezember wie für die andern Monate den Lohn für die
volle Arbeitswoche eingestellt, obwohl in den Monaten De-
zember und Januar nur 42 bis höchstens 45 Stunden ge-
arbeitet werden kann. Sätze nur der Bauarbeiter das ganze
Jahr hindurch, wie etwa ein Zinnschreiber oder Bergarbeiter,
mit vollen Arbeitswochen zu rechnen, dann erschiene dieses
traurige Verhältnis von Warenpreis und Löhne noch um einiges
milder. Aber die Verdiensterluste wegen Regen, Frost und
bei der kürzeren Arbeitszeit im Winter wegen der Licht-
verhältnisse vermindern das Einkommen ganz beträchtlich.

Die Lohnstatistik zeigt uns noch die in der Nachkriegs-
zeit vergrößerten Lohnunterschiede zwischen Facharbeiter und
Hilfsarbeiter und auch zwischen Bauhilfsarbeiter und Zief-
bauarbeiter. Nach der Revolution ging durch alle Berufe ein
Streben nach Gleichstellung der Arbeitseinkommen. Zunächst
innerhalb der verschiedenen Gruppen der sogenannten un-
gelernten und dann rüdten die Hilfsarbeiterlöhne auch den Fach-
arbeiterlöhnen näher. Während in der Vorkriegszeit in Nord-
deutschland die Ziefbauarbeiterlöhne im Durchschnitt unter den
Hilfsarbeiterlöhnen standen, war es im Sommer 1919 umge-
kehrt. Aber bald hinkten die Ziefbauarbeiterlöhne wieder nach;
in Süd- und Mitteldeutschland, wo sie in zahlreichen Lohn-
gebieten immer höher waren, erlebten nun die Hilfsarbeiter
die gleichen Löhne. Große Arbeitslosigkeit sowie die ausge-
nommenen Hofstandsarbeiten, bei denen die Löhne mit beschrän-
kten Zwangsmaßnahmen niedrig gehalten wurden, taten das
übrige. Der Abstand von 5 1/3 im Juli 1920, von 19 1/3 im
Juli 1921 und von 28 1/3 im Dezember 1921, hat sich
bis Mai 1922 auf 38 1/3 erweitert. Der große Unterschied
im April erklärt sich daraus, daß die Lohnverhandlungen für
Ziefbauarbeiter vielfach denen für das Großbaugewerbe nach-
gefolgt. Dadurch erlitten die Ziefbauarbeiter immer schon
große Lohnverluste, da die Steuerung mehr als bei den andern
Berufen den Lohnverhältnissen schon wieder vorausgeeilt war.
Die Spannung zwischen den Maurer- und Hilfsarbeiter-
löhnen nach Pfennigzahl berechnet, hat sich andauernd ver-
größert. Der Wert des Pfennigs hat sich aber verschlechtert.
98 Papierpfennig haben heute eine Kaufkraft von im gün-
stigsten Falle 2 Goldpfennig. Das Verhältnis der Löhne
zueinander ist also für die Hilfsarbeiter günstiger geworden.
Die Lohnunterschiede betragen 1915/16 10 1/3 = 18,1 % we-
niger als der Maurerlohn, 1919 14 1/3 = 7,4 %, 1920 19 1/3
= 3,8 %, 1921 im Januar 22 1/3 = 5,0 %, im Juli 26 1/3 =
4,4 %, Ende Dezember 47 1/3 = 4,5 %, 1922 Ende März
63 1/3 = 4,8 %, Ende April 83 1/3 = 4,5 % und im Mai
93 1/3 = 4,2 % weniger als der Maurerlohn.

Und trotz der jetzt für die Hilfsarbeiter verhältnismäßig
günstigeren Löhne ist eine Spannung zwischen Maurer- und
Hilfsarbeiterlöhnen heute schwerer zu tragen als vor dem
Kriege, weil ja heute schon die Facharbeiterlöhne ungenügend
sind. Die Lohnspannung dürfte daher nicht von Monat zu
Monat, wenn auch nur nach der Zahl der Pfennige gerechnet,
weiter wachsen; sie müßte verhältnismäßig kleiner werden.
Die Vergrößerung des Lohnunterschiedes wird jetzt meist be-
zweckelt durch eine Berechnung der Lohnverhältnisse nach Pro-
zentzahlen. Entschieden gerechter ist die Lohnfestsetzung nach
Markbeträgen, gleich für alle Berufe, denn die Steuerung
trifft den Hilfsarbeiter in derselben Maße wie den Fach-
arbeiter.

Unsere Untersuchung beweist die Wichtigkeit der festge-
stellten Tatsache: Der Arbeiter hängt auf Gedeih und Ver-
derb von der Ordnung der Finanz- und Währungsfrage ab.
Wird diese so dringende Neuordnung nicht bald durchgeführt,
dann kann vom Aufbau der deutschen Volkswirtschaft keine
Rede sein, der Arbeiter geht vielmehr ökonomischen Zustän-
den entgegen. Die Mark wird weiter entwertet; die Preise
werden steigen — schon zeigen sich neue Kosten- und Miet-
preise an —, das Einkommen des Arbeiters wird immer mehr

nachhinken und damit die Existenzmöglichkeit von Monat zu
Monat erschwert. Das Schicksal des deutschen Volkes ist das
Schicksal der Arbeiterschaft; sie kann nicht entkommen.
Sie, die die Hauptarbeit an der Hebung der Produktion und
der Stärkung der Konjunktur zu leisten hat, muß die nötige
Kraft des Schaffens und Arbeitsfreudigkeit besitzen. Die
Warnungen der Gewerkschaften müssen gehört werden. Das
arbeitende Volk verlangt soziale Gerechtigkeit in Staat und
Wirtschaft.

Elfter Gewerkschaftskongress in Leipzig.

Annähernd 700 Delegierte sind in Leipzig eingetroffen,
dazu etwa 50 in- und ausländische Gäste, so daß der große
Festsaal des Zoologischen Gartens fast zu klein ist für die
Teilnehmer. Die Gewerkschaften Englands, Frankreichs,
Belgiens, die skandinavischen Länder, die Schweiz, Deutsch-
österreich, Ungarn, die Niederlande, Polen, Luxemburg,
der internationale Gewerkschaftsbund haben Vertreter ge-
schickt. Ferner sind 7 Vertreter des IFA-Bundes anwesend,
Reichsminister für Arbeit und Wirtschaft, Reichsarbeits-
minister Dr. Braun, preussischer Handelsminister Sie-
ring, dazu die sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsminister
Riska und Hellwig. Vom Rat der Stadt Leipzig ist
Stadtrat Dieck anwesend. Weiter sind noch eine Reihe
Abgeordneter von Wirtschafts- und sozialpolitischen Or-
ganisationen zugegen. Der Vorsitzende des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Genosse Se-
pari, Berlin, eröffnet gegen 9 Uhr den Kongress mit
einer herzlichsten Begrüßung auf Carl Legien, die die
Delegierten tiefend anerkennen. In seinen Reden bezieht
Leipziger Arbeiter, ferner Brunnmann, Eybner, Zue, Staudinger
und andere ein, die seit 1919 abgerufen worden sind. Dann
gibt er einen Überblick über die Entwicklung der Gewerk-
schaften seit 1892 in Sachsen, schildert die besonderen
Aufgaben der Leipziger Tagung und mahnt zur Einigkeit
im Interesse der Arbeiterklasse.

Im Namen der Leipziger Arbeiterschaft begrüßt
Schilling, Leipzig, den Kongress. Er überbringt die
herzlichsten Wünsche der gesamten Arbeiterschaft.
Im Namen der Stadt Leipzig begrüßt Stadtrat
Dieck den Kongress; nach ihm sprach Reichsarbeit-
minister Dr. Braun. Er hielt eine Art Programm-
rede, in der er etwa ausführt: Im Namen der Reichs-
regierung begrüße ich den 11. Kongress des ADGB, und
wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten
Erfolg. Insbesondere ist das von mir vertretene Reichs-
arbeitsministerium an den Verhandlungen des Kongresses
interessiert. Überall, wo gewerkschaftliche Grundzüge in
Frage kommen, gehen wir ein, und allezeit haben wir zu-
sammenarbeiten können auf dem Boden gegenseitigen Ver-
trauens. Ich wünsche und hoffe, daß es fernerhin so
bleiben wird, solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten
ausdauern muß. Auch die gesamte Reichsregierung nimmt
wärmsten Anteil an Ihren Beratungen. Sie ist sich der
großen Bedeutung der Gewerkschaften für das Staats-
leben bewußt. Als erste wichtige Aufgabe betrachte ich die
gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder-
massen. Ich begrüße es aufrichtig, daß es dem ADGB
gelungen ist, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in
seinen eigenen Reihen die gewerkschaftliche Geschlossenheit
zu wahren. Ich gebe mich der zuberzückelnden Hoffnung
hin, daß die freien Gewerkschaften sich der großen Verant-
wortung, die mit der Lösung dieser Fragen verbunden ist,
voll bewußt sind. Wie dem Staate gegenüber, so hat sich
auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Ar-
beiterschaft grundlegend geändert. Es kann nicht ge-
lungen werden, daß einzelne Arbeitergruppen, die sich un-
mittelbar nach der Staatsumwälzung und angesichts der
Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsbund abfinden
wollten, heute versuchen, den an die Arbeiterschaft ver-
lorenen Boden wiederzugewinnen, ein Westfalen, das
hier und da schon wieder bis zur Vereinigung des Gewerk-
schaftsbundes geführt hat. Vorübergehend seien die
gelbe Bewegung überwinden und der rein gewerkschaftliche
Gedanke das Feld zu beherrschen. Heute taucht die gelbe
Idee, wenn auch in anderer Begründung und in anderer
Form erneut auf. Heute wird die gelbe Bewegung zu
politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert.
Es sprachen noch Begrüßungsworte Reichsarbeit-
minister Robert Schmidt, sächsischer Minister Riska u.
vom internationalen Gewerkschaftsbund Jimmen, Hol-
land, der von 16 Millionen außerdeutscher Gewerkschafts-
mitglieder Grüße überbringt. Seine Worte klingen in
einen ersten Appell aus: Ein neuer Geist ist in die Ar-
beiterschaft gezogen, wir wissen, es geht ums
Ganze. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deut-
schen Gewerkschaften ihre Pflicht dem Kapitalismus ge-
genüber erfüllen.

Dann sprachen die auswärtigen Gäste: Bucher
(Österreich), De Raemhnt (Belgien), Walker
(England), Johansen (Stockholm), S. Jagei (Wada-
best), Bulawski (Warschau) und andere, die sämtlich
lebhafte Bewilligungen machten. Besonders treffliche Ausfüh-
rungen machte Walker. Er sagte, daß es fast fünf
Jahre sind, daß die Arbeiter in England ohne
Arbeit und Brot. Wir haben keinen Haß gegen Deutsch-
land, wir wollen im friedlichen Wettstreit die Menschheit
vorwärts bringen. Der Wirtschaftstag muß für uns
unantastbar bleiben.

Aufhäuser vom IFA-Bund sprach die herzlichsten
Grüße im Namen der freigewerkschaftlichen Angehörigen
aus. Hoffmann, Hamburg, sprach für den Zentral-
verband deutscher Konsumvereine.

Dann konnte in die Wahl des Präsidiums eingetreten
werden. Vorschläge werden: Leipziger Reichs (Metall-
arbeiter), Baplow (Bauarbeiter). Gegen starke Wider-
stände werden diese gewählt.

Ein Antrag auf 9 Schlichter wird abgelehnt. Ge-
wählt werden folgende 6 Genossen: Sad (Fabrikarbeiter),
Faaß (Landarbeiter), Reichel (Textilarbeiter), Ru-
dolf (Transportarbeiter), Wirth (Eisenbahner), Kuhn
(Schuhmacher).

Zu besonders erregten Debatten kommt es bei der
Festsetzung der Geschäftsordnung. Ein Antrag, der bei-
namentlich die Unterfertigung von 100 Takt
50 Delegierten fordert, findet lebhaften Widerspruch. Dis-
mann warnt vor dieser „Leg Kommissifikation“, die Metall-
arbeiter seien dafür nicht zu haben. 335 Stimmen er-
klären sich für die Zahl 100, 304 dagegen.

Die Mandatsprüfungskommission wird ohne Wider-
spruch gewählt. Dann werden 21 Mitglieder bestimmt, die
die Vorberatung der Anträge übertragen bekommen. Hier-
bei wird ein Antrag abgelehnt, 2 kommunistische Ver-
treter noch dazu zu wählen, da nicht nach Parteizugehörig-
keit entschieden werden soll. Damit sind das Bureau und
die Kommissionen gebildet.

Zur Tagesordnung wird verlangt vom Ver-
bandsvorstand der Dachdecker und einigen andern Ver-
tretern, die 10 Forderungen des ADGB vom November 1921
sowie die Sachverhaltung besonders zu behandeln.

Ein Antrag verlangt, als ersten Punkt den Kampf
gegen die Reaktion auf die Tagesordnung zu setzen; ferner
liegen Anträge vor, Wirtschaftsprüfung, den Preiswucher,
die Jugendarbeit, die Taktik der Gewerkschaften in
Lohnkämpfen, Massenkampf und Koalition zu behandeln,
ebenso den Wirtschaftstag. Alle Anträge werden abge-
lehnt; zum Wirtschaftstag gibt Vorsitzender Reichel die
beifällig aufgenommene Erklärung ab, daß der Wirtschaft-
tag ein heiliges, unverletzliches Recht ist, ihn nehmen,
würde schwere Kämpfe entfachen. Hand weg vom Wirt-
schaftstag.

Zu Punkt 4 und 5, Organisationsformen und Arbeits-
gemeinschaften, werden Dismann und Simon als
Korreferenten benannt und gewählt; weitergehende Wünsche
zu Korreferaten werden abgelehnt.

Annahme beginnt Leipziger Bericht mit einem
Gedenken der oberflächlichen Mitglieder, die von uns ge-
schrieben worden sind. Er entleert ihnen brüderlichen Ab-
schlechtsgruß, nachdem sie bereitwillig mit dem Stimmzett
gestimmt haben. Dann berichtet er über den Eisenbahn-
streik, wobei der Bundesvorstand von Anfang an Soli-
darität angeboten habe, die aber abgelehnt worden sei. Mit
den Beamtengewerkschaften unserer Richtung haben wir
dann weitere Verträge gemacht, auch das lehnte der Be-
amtenbund ab. Ohne jede Verständigung mit den freien
Eisenbahnern, mit uns, traten sie in den Streik. Es ist
etwas anderes, ob die Metallarbeiter oder die Eisenbahn-
streiker, die alle Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Das
war die größte Mißachtung. Sie haben das Streikrecht
der Eisenbahner gefährdet. Freilich haben die Eisenbahner
vieler Gründe, die ihr Vorgehen entschuldigen und das Ur-
teil über sie mildern. Große Not war es, was sie in den
Streik trieb.

Der Wirtschaftstag gilt als unantastbar; Angriffe
gegen den Wirtschaftstag werden wir abzuwehren wissen,
das versichern wir auch den auswärtigen Gewerkschaften.
Neuerdings wird von „schematischer Anwendung“ des Wirt-
schaftstages gesprochen, auch von eigenen Genossen. Das
ist sehr ungesund. Aber es hat schon immer Zweifel ge-
geben, ihre „Reiszeit“ ist keine volkswirtschaftliche Re-
iszeit, sondern ein Mangel an Verständnis für Arbeiter-
interessen. Wir haben nie schematisiert; denken wir an
die Landarbeiter, die Eisenbahner usw. Unsere Beschul-
tungen an Reparationen müssen mit dem Wirtschaftstag
in Einklang gebracht werden. Auch das Vorgehen gegen
die 46-Stundenwoche ist ein Kampf gegen den Wirtschaft-
tag. Wir wehren uns dagegen entschieden, denn die
46-Stundenwoche hat regelmäßig bestimmte örtliche Zweck-
bestimmung.

Ueber die 10 Punkte gab Leipziger längere Erklärungen
ab. Die Kritiker sind sich wohl einig, daß die 10 Punkte
sachlich begründet, aber heute und morgen noch nicht durch-
zuführen sind. Es ist Klarheit über den Tag hinaus,
ein Programm. Es war eine Antwort an die Inter-
nehmer, die die Verlegenheit der Regierung auszunutzen
gehabt, indem sie sich für etwaige Anteile der Reichs-
betriebe verpfänden lassen wollten. Die 10 Punkte haben
dem Reichstag das Gewissen gefaßt und so viel Böses
berührt. Die Befestigung der staatlichen und kommuni-
kalen Betriebe hat im Internerlager viele Freunde;
sorgen wir dafür, daß die von ihnen angeführten Gründe
wegfallen. Zu Aktionen, zu Kämpfen, konnten wir die Ar-
beiter nicht auffordern, dafür war die Situation nicht reif.
Ob man ein Volksgeschehen deswegen anregt, darüber kann
man reden. Es wäre eine Tat, wenn wir einen Weg
finden, die Einigkeit dadurch zu finden.

Wir kümmern uns so wenig wie möglich um die Politik,
wir wollen keine Uneinigkeit in die Gewerkschaften tragen.
Eigene Verantwortlichkeit der Parteien zieht von selbst Ge-
gen. Es ist ein großes Vertrauen an unserer Kraft, wenn
man uns da weiter treiben will. Mit warmen Worten für
die Sache der Gewerkschaften schließt Leipziger seinen
Bericht.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit
einer Begrüßungsrede des französischen Gewerkschafts-
führers Bouhaug, der die deutschen Gewerkschaften als
Grundlage für den Frieden bezeichnet. Er arbeitet seit
2 Jahren an einer Wiedervereinbarung — nur die Zu-
sammenarbeit der Arbeiter kann uns retten, die Gewerk-
schaften aller Länder müssen sich einigen. Es lebe die Ge-
meinschaft aller Länder!

Nachdem Vorsitzender Reichel herzlich gedankt hat,
wird die Aussprache über den Geschäftsbericht eröffnet.
Gemäß dem geltenden Beschluß erhalten die Sprecher der
3 Richtungen 1 Stunde Redezeit. Als erster Redner
nimmt Waldner, Berlin, das Wort. Er beginnt mit
einer Schilderung der Lebenshaltung der Arbeiter, spricht
über das ungenügende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter
und Angeestellten, das Wüten der Reaktionen und der
Massenjustiz. Der Bund ist riesenhaft gewachsen, damit
seine politische Bedeutung. Ohne ihn kann nicht regiert
werden, gegen ihn noch weniger. Trotzdem hat das
Unternehmen um Boden gewonnen, weil der Bund eine
falsche Taktik geübt hat. Mit den Arbeitsgemeinschaften
hat er eine schiefe Bahn betreten. Die Betriebsräte sind
Befähigungsgründe geworden, der Bund liebtügelte mit
der Regierung. Die „Betriebsräte-Zeitung“ wird von den
Unternehmern gelobt. Wo soll das hinaus? Wir dürfen
auch nicht zu sehr der Erfüllungspolitik Rechnung tragen.

Mit harten Worten kritisiert Redner das Nachgeben in den 10 Punkten. Das waren Forderungen, die nicht den Kommunismus, nicht einmal den Sozialismus gebracht hätten, trotzdem hat der Bund keine Schritte dafür getan. Imbrechts Haltung in der Frage der Schlichtungsordnung ist unverständlich. Die Arbeitslosenfürsorge hat der Bund ebenfalls verweigert, er hat den Grundfuß der Arbeitslosenversicherung an die Stelle der Fürsorge gesetzt. Das war grundfalsch. Ich freue mich, daß wenigstens der Fabrikbund hier den Warner gepöbelt hat. Der Eisenbahnerstreik ist nicht plötzlich ausgebrochen. Die Eisenbahner haben monatelang vorher verhandelt. Gewiß war der Streik taktisch nicht klug. Aber das durfte der Bundesvorstand nicht dazu bringen, zum Streikbruch aufzufordern. (Widerpruch.) Der Beamte muß das Streikrecht haben — der Bundesvorstand ist darüber noch nicht mit sich einig. Auch international hat der Bund verlagert. Die Gewerkschaftsführer überschätzen die Kraft des Kapitals und unterschätzen die eigene. (Sehhafter Widerpruch.) Sie verarmen sich in eine Sadgasse. Kein Wunder, daß die Regierung mit den Gewerkschaften aufzudehen ist. Die Wünsche der Arbeiter sind anders; sie wollen Abschaffung des kapitalistischen Systems, wie es heute ist, wie es Güte gefordert haben.

D i s m a n n (Metallarbeiter): Wir erkennen mande Arbeiter im Bund an, es ist vieles nach bestem Können des einzelnen geleistet worden. Trotzdem sind wir mit welem nicht zufrieden; wir müssen sachlich kritisieren. Unser Ziel ist der Sozialismus, wie können wir dafür die Kräfte mobil machen? Seit Nürnberg hat sich gezeigt, wie recht wir dort mit der Kritik hatten. Wir haben vor den Arbeitsgemeinschaften gewarnt, überkauf gegen Volksgemeinschaften, die Arbeiterinteressen schädigen. Daselbst gilt von der Koalitionspolitik. Wir stellen heute auf der ganzen Linie in der Defensive, Schritt für Schritt will man uns zurückdrängen. Das Tarifrecht, der Tarifgedanke wird von den Unternehmern als Fessel empfunden. Der Eisenbahnerstreik mußte als Kampf gegen das Koalitionsrecht trotz Mängel in der Vorbereitung unterstützt werden. Die Faltung des Bundes und der IFA war verfehlt. Wir haben das Koalitionsrecht für alle zu verlangen. Die Klassenjustiz ist geblieben, die soziale Nechtspredung wird immer unternehmerfreundlicher. Die Wahlen des Vertriebsrätegesetzes werden von der Nechtspredung getarbt nicht beachtet. Eingehend polemisiert Dismann gegen die Schlichtungsordnung, besonders gegen die § 55 und die Faltung Imbrechts im vorläufigen Reichsgerichtsamt. Hier hat wenigstens der Bundesauschuß das Schlichtungsrecht verfehlt. Die Technische Hilfe wird nicht nur durch Streiks in Gemeinde- oder Staatsbetrieben gefördert, sie ist ein Instrument der Reaktion, die sich auch gegen die Arbeiter wendet. In der Arbeitslosenversicherung daselbst wird, die Versicherung wurde der Fürsorge vorgezogen. Die Sozialisierung ist auf „staatliche Arbeiten“ zurückzuführen. Natürlich, wer in Arbeitsgemeinschaften ist, kann nicht schiedlich-rechtlich mit dem Kapitalismus zur Sozialisierung kommen. Auch mit den Bauhütten allein ist keine Sozialisierung des Wohnungswesens möglich, wenn wir nicht beim Grund und Boden beginnen. Dismann polemisiert dann gegen die Ernährungspolitik, gegen den Hofschnecker, die Preissteigerungen usw. Dies alles kann nicht in Arbeitsgemeinschaften bekämpft werden, auch nicht durch Festreden beim Stapellauf „Carl Legiens“. Die 10 Forderungen des IAWB waren den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Es ist aber nichts dafür geschehen. Die 10 Punkte müssen durchgeführt werden, wenn auch nicht alles auf einmal. Wir müssen uns einstellen auf die gemeinsamen Interessen des Volkes. Die Arbeit der Internationalen ist ein Aktposten, über den wir uns freuen können. Auch die Kommunisten hätten Ursache, sich darüber zu freuen, was zum Beispiel in Rom besprochen worden ist. Niemand ist sich dahinterstellen. Wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe wie die Kommunisten, das Haus, in dem wir arbeiten, immer zu besetzen. Wir wollen auch unterstützen, was uns ein. In manchen Dingen möchte der Vorstand weitergehen, aber vom Bundesauschuß wird er hier und da gehemmt. Kämpfen wir vereint gegen rechts, gegen die Gelben, gegen Streikbrechergerdard usw. Gewerkschaftsarbeit und Politik sind nicht zu trennen. Wir brauchen Einheit im Willen und in Kämpfen.

V e y, Hannover: Der vorgelegte Bericht des IAWB gibt kein Bild der gesamten Arbeit, kein Bild von den Schwierigkeiten. Wir haben Grund, allen zu danken, die mitgearbeitet haben. Ich rede nicht für eine Richtung, ich rede als Gewerkschafter. Auch wenn ich IAWB oder IAWB wäre, würde ich keine andere Taktik einschlagen. Ich frage mich, wie weit reichen unsere Kräfte? Diese zu auszunutzen, wie wir können, ist wirklich Massenkampf. Auch wer stärker redet, hat nur die Kampfmittel wie wir. Kein Bundesvorstand könnte es allen Richtungen recht machen. Ich kenne keinen freien Gewerkschafter, der nicht als Sozialist den Kapitalismus beseitigen möchte. Die Voraussetzungen fehlen noch. Die Welt als Rohstoffquelle ist für Deutschland nötig, sie kann weder durch Glauben noch Mut usw. ersetzt werden. Der Glaube an unseren Sieg verfehlt keine Berge, schafft keine Rohstoffe. Die Welt als Weltmarkt ist zerfallen und getrümmert. Als Weltmarkt ist es nicht besser. Diese Voraussetzungen sind also nicht da, das sind wichtige Erwägungen, wenn es gilt, dem Sozialismus Wege zu weisen. Eine sozialistische Insel ist denkbar für einen fähigen Modellisten, aber nicht für uns. Es fehlt heute noch an den ökonomischen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus. Stimmes ist kein Beweis. Es gibt nicht nur Konzentrationen aus Kapitalüberfüllung, sondern auch aus Mangel an Kapital, um Sicherungen zu treffen, um die Konkurrenz zu organisieren. Auch Hofschnecker war schon Grund für Konzentration. Wir haben zweimal 10 Punkte gehabt; die ersten besaßen sich mit der Arbeitslosigkeit. Auch da wurde schon geschimpft, obgleich wir früher schlimmere Arziken hatten. Sollten wir es deshalb zum Generalstreik, zum Bürgerkrieg kommen lassen? Auch zu den zweiten 10 Punkten haben wir aus stichhaltigen Gründen die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht anwenden können. Als guter Sozialist glaube ich an den Sozialismus. Aber er kommt nicht von heute auf morgen. Von 13 Millionen Arbeitern in der

Industrie haben wir kaum 8 Millionen organisiert, darunter 5 Millionen, die noch bis 1914 nicht den Mut hatten, sich zu organisieren. Brech geht auf die Schlichtungsordnung ein. Ein unbegrenztes Streikrecht gibt es nirgends auf der Welt. Denken wir an Rußland, dort hat am 17. Februar 1922 der Allrussische Gewerkschaftsbund beschlossen, daß Lohnkampf und Streik für eine gewisse Zeit zurückzustellen sind, selbst in der Privatindustrie. Solange die Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen, ist das Spiel mit ihm Verrat am Sozialismus. Rußland ist ein Beweis dafür, wo jetzt ausländische Kapitalisten die Produktion ins Werk setzen. Von Rechten für Beamte, Angestellten, Arbeitern zum Streik finden Sie in Rußland keine Spur. Die Volkswirtschaftler sozialdemokratischer Art, die gegen den Achtstundentag geschrieben haben, hat keine Partei gebildet. Man kann aber niemand verhindern, dummes Zeug zu reden. Brech geht auf den Eisenbahnerstreik ein. Die Beamten machen Anspruch auf Lebensstellung und Pension, wollen aber auch die Konjunktur ausnützen. Wir wollen ihnen gern helfen, aber so geht es nicht, wie die

Am 8. Juli ist der 27. Beitrag fällig.

Eisenbahner es wollten. In welchem Lande ist schon einmal das Streikrecht für Beamte größer gewesen als bei uns? Ueber die Arbeitsgemeinschaften entscheiden die Verbände, nicht der Kongreß. Auch die Metallarbeiter sitzen im Eisenwerkstattsbund mit Stimmes und Stimmesgenossen zusammen, ebenso in den Außenhandelsstellen. Ist das nicht auch „Sünde gegen den Massenkampf“? Der Bund verbietet den Tadel nicht, den er bekommen hat, seine Taktik ist richtig. Der Weg war richtig, er ist Vorbereitung zum Sozialismus. Gehen wir diese Straße, um uns vor Enttäuschungen zu bewahren.

Kommunistische Ehrabschneider.

In einer Privatklage des Kollegen G. Fröhlich in Köln wegen Beleidigung gegen den Redakteur der „Sozialistischen Republik“, des Kölner kommunistischen Organs, Peter Stahl, wurde dieser zu einer Geldstrafe von 500 M oder zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in der Nr. 22 seines Blattes in einem Artikel „Die Gewerkschaften einst und jetzt“ die schwersten Beleidigungen und unflätigen Verleumdungen gegen Fröhlich ausgeprochen. Er hatte ihn als „Gewerkschaftsfeind“ und als „Erbzerruge“ bezeichnet und behauptet, Fröhlich begünstige im Verband seine lieben Botenjäger; für die Arbeiterfrauen und deren Kinder und Enkelkinder habe er kein soziales Gefühl; er lasse sich vielmehr von den Arbeitgeber durch Weinspenden und gute Gabenmagazinen zum Schaden der Arbeiterinteressen beeinflussen und beabsichtige, sich von den Arbeiterbeiträgen eine neue Villa bauen zu lassen. In der Gerichtsverhandlung hat der Angeklagte nicht einmal den Versuch gemacht, auch nur eine einzige seiner ehrabschneiderischen Behauptungen zu beweisen. In der Urteilsverurteilung gibt das Gericht als strafmildernd an, daß der Angeklagte nicht aus unedlen Beweggründen gehandelt habe, sondern den Artikel veröffentlicht habe auf Grund von Nachrichten, die ihm aus Bauarbeiterkreisen zugegangen seien.

Der Zweck der verleumderischen Behauptungen war jedenfalls der, den Kollegen Fröhlich bei der Bauarbeiterchaft unpopulär zu machen, um auf diese Weise der kommunistischen Parteipolitik im Deutschen Bauarbeiterverband leichter Eingang zu verschaffen. Für uns ist der Fall ein Beweis mehr, wie die kommunistischen Fanatiker nach dem Rezept der 21 Punkte mit allen Mitteln (illegale Methoden) arbeiten, und nicht davor zurückschrecken, die Ehre mitleidloser Menschen in den Kot zu treten, nur weil diese den wahren Weg der Bestrebungen der kommunistischen Partei ablehnen gegenüberstellen. Das ist hiermit auch einmal wieder gerichtlich festgestellt. Zugunzuefügt sei noch, daß die sauberen Gewerkschafter des Verleumder bisher nicht den Mut aufgebracht haben, zu ihren Lumpereien zu stehen. Kämen sie es, dann würde die Kölner Bauarbeiterchaft sicherlich jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnen.

Berichte.

Brenzlau. Die Bauten der Firma Florowski in S c h a p o w und F a l k e n h a g e n sind von uns gesperrt, weil der Unternehmer immer wieder versucht, die achtstündige Arbeitszeit zu durchbrechen. 2 Maurer und ein Hilfsarbeiter sind von uns ausgeschlossen worden, weil sie Florowskis Anfinnen erfüllten. Dieser bemüht sich nun, in den benachbarten pommerzischen Kreisen Bauarbeiter anzuwerben. Wir warnen vor der Arbeitsannahme bei Florowski.

Bau-Werkmeister.

Warum ist die Ablehnung der Beitrittsklärung zum Baugewerksbund zu begründen?

Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichen die „Zeitung des Deutschen Polier-Bundes“ in ihrer Nr. 11 einen Artikel von C. F. Das ist ein Pseudonym; denn aus dem Inhalt des Artikels geht hervor, daß er von jemand verfaßt wurde, der entweder „dabei“ war oder von den Vorstandsmitgliedern informiert wurde. Und weil das in dem Artikel behauptet wird, ist es unrichtig, daß es scheut sich der Verfasser wahrheitsgemäß, seinen Namen zu nennen.

Der Artikel beginnt mit nachstehenden Sätzen: „Jeder, der im Gewerkschaftsleben halbwegs wegsieht, wird es konnisch finden, wenn diese Frage (in der Ueberschrift) überhaupt gestellt wird. Denn es ist doch unzweifelhaft klar gewesen worden, daß eine wirkliche Verbesserung der am Produktionsprozess am meisten Beteiligten in der bestehenden Wirtschaftsordnung nur durch Organisationen erreicht werden

kann, welche die werktätigen Schichten in möglichst großen Kreise umfassen. Wir sehen also, daß der Gedanke, einen Baugewerksbund und damit eine Organisation höheren Grades zu schaffen, nichts Neues ist, und daß es keiner großen Fähigkeiten bedarf, einen solchen zu gründen. . . . In der Tat, C. F. hat recht. Die Idee, die der Schaffung eines Baugewerksbundes zugrunde liegt, ist so einfach, daß nicht viel Srips dazu gehört, ihre Logik zu begreifen. Unsere Leser werden nach dieser Leistung des Verfassers jedoch gespannt sein, was für logische Bodsprünge er machen wird, um den Beitritt des Polierbundes freudig zu begrüßen. Sie werden sich sagen: „Der Mann ist so vernünftig, daß er begreift, daß man das Vernünftige in der Regel nicht tut. Er würde an seinen Kollegen irre werden, wenn sie nicht nur einen vernunftgemäßen Beschluß gefaßt, sondern auch eine vernunftgemäße Handlung vollzogen hätten.“ Aber gemacht, Kollegen! So klar und eindeutig verfährt C. F. nicht. Die oben von uns angeführten Sätze haben noch eine lange Fortsetzung, in der es zunächst heißt: „... wenn man die Hauptfrage im Auge behält, und das ist die Fähigkeit, dieser Organisation eine Verfassung zu geben, welche es jeder Interessengruppe ermöglicht, im großen Rahmen sich frei zu betätigen. . . . Wenn sich die einzelnen Berufsgruppen ihre eigenen Satzungen geben und ihre Vertretung in einer paritätischen Verwaltungsapparate schieben könnten, in dem nur einmütigen Aenderungen der Bundesstatuten vorgenommen werden können, dann wäre allen Teilen Rechnung getragen. . . . Unter diesen Bedingungen würde es auch viel leichter sein, die an sich vorläufig noch wesenfremden Berufsgruppen zusammenzubringen.“ „Daß Du die Nase ins Gesicht behältst“, würde Onkel Bräsig sagen. Der Bund müßte also kein Bund sein. Aber höchstens müßte er dann ein Bund sein, wenn man ihn gerade braucht. Wollte die zur Zahlung von Unterstüzungen, jedoch nicht zur Erhebung von Beiträgen; denn diese beeinträchtigt die Freiheit der Betätigung. Außerdem müßte man die Solidarität der andern stets für sich beanspruchen können, ohne eine entsprechende Gegenleistung; denn diese beeinträchtigt die Freiheit. Und dann der „paritätische“ Verwaltungsapparat. Wie stellt sich der Verfasser diese Parität vor? Die Forderung nach Parität setzt gegenfällige Interessen zwischen den Fachgruppen voraus. Etwas wie zwischen Arbeitern und Unternehmern. Sollten nun nach der Meinung C. F.'s etwa 2000 Fliesenleger eine gleichartige Vertretung im Verwaltungsapparat haben wie 20 000 Bau-Werkmeister? Sollen 1200 Polierer ebenso viele Vertreter haben wie 280 000 Maurer oder 100 000 Tiefbauarbeiter? Dieser Gedanke ist so „kühn“, daß wir tatsächlich anfangen, an die „Wesensfremdheit“ mindestens des Artikelforschreibers zu glauben. Bisher haben wir angenommen, daß von einer Wesensfremdheit zwischen Maurern- und Zimmerpolierern und den Gesellen und Bauarbeitern keine Rede sein kann. Aber wir haben uns vielleicht geirrt, vielleicht sind einzelne Polierer und Schachtmeister doch von einer niederen Wesensart, so daß erst eine Angleichung nötig ist. Mit vorstehenden Zeilen wäre eigentlich die „Begründung der Ablehnung“ erledigt.

In dem Artikel ist aber auch noch von anderem die Rede, das wir hier gleich mit erledigen wollen. So schrieb C. F. auch: „Die bestehenden Gesellenlöhne sind doch praktisch nur als Existenzminimum anzusehen, und das kaum, jeder merkt es selbst, daß das auskommen in vielen Fällen in Frage steht. Wir sind aber Polierer und Schachtmeister geworden, weil wir uns mit dem Minimum nicht begnügen, wir wollen mehr verdienen und wir schätzen unsere Tätigkeits um mindestens 25 % höher ein als die der Gesellen.“ Offenlich hat der Artikelforschreiber der Bundeszeitung unrecht mit vorstehender Behauptung. Ja, soweit große Preise der Polierer und Schachtmeister in Betracht kommen, wissen wir bestimmt, daß er unrecht hat. Es wäre schlimm bestellt im deutschen Baugewerke, wenn in ihm nur Polierer und Schachtmeister tätig wären, die diese wichtigen Stellen nur deshalb innehaben, weil sie mehr verdienen wollen als die Gesellen und Bauarbeiter. Derartige Polierer und Schachtmeister hat es gegeben und gibt es vielleicht vereinzelt noch. Man nennt sie bezügend Gadenreiter oder Antreiber. In ihrer feilischen Verfassung ähneln diese Leute gewissen Wädchen, die sich, um mehr zu verdienen und nicht zu arbeiten, prostituierten. Aber die übergroße Mehrheit der Polierer und Schachtmeister, der Bau-Werkmeister, bekümmern ihre Stellung, weil sie wirklich von dem Werk, an dem sie arbeiten, mehr verstehen als die meisten Gesellen und Arbeiter. Wäre es anders, so wären sie tatsächlich tarifvertragsunfähig. Wir kennen die Mitgliedschaft des Polierbundes nicht sehr genau, aber davon sind wir überzeugt: C. F. hat seinen eigenen Kollegen mit seiner Behauptung bitter unrecht getan.

Aber C. F. will ja dem Deutschen Bauarbeiterverband eins auswichen. Und nachdem er zu diesem Zweck erst seine eigenen Kollegen unmitigeweise beleidigte, holt er dann zu einer Unwahrheit aus. Er schreibt: „In der Zeit der Verhandlungen zum ersten Reichstarif für Polierer und Schachtmeister, und schon vorher, betrat der genannte Verband (also wir) die Ansicht, daß der Polier und Schachtmeister nicht mehr Lohn braucht als der Geselle, ganz nach dem Satze: die Marmelade kostet für den Polier und Schachtmeister nicht mehr als für den Maurer.“ Dazu ist zunächst zu bemerken, daß es einen ersten Reichstarifvertrag für Polierer und Schachtmeister noch nicht gibt. Er soll erst werden. Aber einen ersten Vertrag für Polierer gab es, und wenn die Behauptung C. F.'s sich darauf beziehen soll, so erklären wir, daß er die Unwahrheit sagte. Er wird für seine Behauptung keinen Beweis erbringen können.

In dem Artikel heißt es dann weiter: „Die Baugewerksbundesbestrebungen zeigten uns dann das anmutige Bild der Annäherung in einer Weise, wie man sie plumper wohl kaum erwarten konnte. Wenn ein Blisphotograph auf den Jahrestag eines jungen Gesellen ein paar Mark aus der Tasche ziehen und ihn zu einer Aufnahme veranlassen will, dann nennt er ihn „Herr Baron“. Die Polierer und Schachtmeister bekamen den Titel „Bau-Werkmeister“. C. F. wirft uns also hier quasi Bauernfängererei vor. Gätte er recht, so wäre sein Bund mitschuldig. Wir nehmen an,

daß er auch manchmal die „Zeitung des Deutschen Arbeiterbundes“ heißt. Wenn er sich nun die letzte Seite der Nr. 11 ansieht, so wird er finden, daß dort die „Vereine der Werkmänner im Baugewerbe“ in München und Leipzig ihre Mitglieder zu Versammlungen einladen. Wir haben demnach doch wohl den sprachlich richtigen Ausdruck für diese Gruppe von Kollegen gefunden. Wir müssen also E. J. hier darüber belehren, daß die Bezeichnung „Kollter“ ein formuriertes lateinisches Wort ist, daß es richtig „Parlier“ oder noch richtiger deutsch „Sprecher“ heißen müßte. Damit wird aber die heutige Tätigkeit dieser Kollegen nicht genügend bezeichnet. Sie sind nicht mehr „Sprecher der Gesellen“, obwohl einige unter ihnen ganz tüchtige „Schreier“ sind. Ihre heutige Funktion steht höher. Für uns kam bei der Namensgebung in Betracht, für die Gruppe der Kollter, Schichtmeister, Vorarbeiter, Bauaufseher eine einheitliche kurze Bezeichnung zu finden, aus der auch zugleich hervorgehen sollte, welche gesellschaftliche Stellung wir für diese Kollegen eingeführt sehen wollen. Ist das für E. J. so schwer zu begreifen? Dann wollen wir ihm noch mitteilen, daß die alte Funktion des „Kollter“ (Sprechers der Gesellen) heute von dem Baubelegierten eingenommen wird. Wir wollen ihm weiter mitteilen, daß, soweit in der Welt Englisch gesprochen wird, anstatt Kollter oder Parlier „Master“, also Meister, gesagt wird, woraus hervorgeht, daß auch in diesem Falle die englische Sprache den alten niederdeutschen Ausdruck treu bewahrt hat, während die deutsche ihn verlor. Soviele uns bekannt ist, erstrebt doch auch der Kollterbund die gesellschaftliche Anerkennung der Kollter, Schichtmeister usw. als Werkmänner. Oder ist E. J. der Ansicht, daß dies nur Sprecherei ist?

Schließlich macht E. J. dann den Vertreter unseres Verbandes verantwortlich für eine etwaige Klassifizierung der Kollter und Schichtmeister. Auch da ist er in einem zweifachen Irrtum gewesen, als er schrieb: „Das Unbegreifliche aber geschah anlässlich der jüngsten Reichsarbeitsverhandlungen, als sich der Vertreter des Bauarbeiterverbandes mit der Klassifizierung der Kollter und Schichtmeister einverstanden erklärte.“ Der eine Irrtum (oder ist es eine gewollte Unwahrheit?) besteht darin, daß über den Inhalt eines Tarifvertrages für Schichtmeister und Vorarbeiter noch gar nicht verhandelt wurde, weil die Unternehmer den gelben Schichtmeisterbund als Mitvertragschließenden haben wollen, was wir ablehnten. Der zweite Irrtum (oder ist es eine gewollte Unwahrheit?) besteht darin, daß nicht nur unser Vertreter, sondern auch die Vertreter des Arbeiterbundes und der anderen Arbeiterorganisationen zustimmen. Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß es für unsere Organisationen und für die Kollegen günstiger ist, wenn sich die Klassifizierung vermeiden läßt. Wir stimmen durchaus den Ausführungen des Kollegen Groß, Dresden, in der „Zeitung des Deutschen Arbeiterbundes“ zu. Aber die Frage ist: Kann die von den Unternehmern gewollte Klassifizierung in Verhandlungen Wege abgelehnt werden? Ist E. J. bereit, wenn die Unternehmer sich weigern, ohne die Klassifizierung einen Tarifvertrag abzuschließen, die Mitglieder des Arbeiterbundes zum Streik aufzurufen. Wahrscheinlich wäre bei der heutigen Lage des Baumarktes eine Arbeitsstellenverteilung nicht nötig, es genüge vielleicht, wenn die Kollter und Schichtmeister für kurze Zeit wieder nur mit Kelle oder Schaufel arbeiteten. Wie sind die Ausichten dafür, Kollege E. J.? Sind die Mitglieder des Arbeiterbundes der Meinung, daß die Abwehr der Klassifizierung einen Kampf wert ist, dann los. An uns soll es nicht liegen. Es ist aber unökon, andere einer Sünde zu zeihen, an der „man“ selbst beteiligt ist. Besonders nachdem E. J. in seinem Artikel den Unternehmern eine ausföhrliche Begründung ihres Standpunktes geschrieben hat. Zum Schluß eine Frage: Welchen Zweck verfolgt E. J. und die Redaktion der „Zeitung des Deutschen Arbeiterbundes“ mit ihrem Artikel? Wollten beide schon recht lange vor dem etwaigen Abschluß des Reichsarbeitsvertrages den Unternehmern zeigen, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen uneinig sind? Oder glaubt man durch deraartiges Vorgehen, bei den Unternehmern zu erreichen, daß nur der Kollterbund Kontrakt wird? Vielleicht verpricht sich die Bundesleitung davon Vorteile. Aber darüber müßte man sich doch klar sein, daß wir zu einem derartigen Artikel nicht schweigen können, und daß diese Schritte nicht zum Vorteil, sondern zum Schaden für die Mitglieder wird. Man muß sich doch auch darüber klar sein, wer der Stärkere ist. Wenn wir einen oder mehrere Tarifverträge für Bau-Werkmänner wollen, so können wir sie erzwingen. Kann das auch der Kollterbund ohne das Risiko, dabei Opfer zu werden? Für uns ist nur die Frage: Lohnen sich die Opfer? Damit in Zukunft aber die Frage für alle Berufsgruppen nur so lautet, deshalb erstreben wir den Bauarbeiterbund, dessen Notwendigkeit ja auch E. J. anerkennt.

Arbeitsmarkt.

In Finsterwalde können 30 Maurer Arbeit haben. Stundenlohn 26 M. Logis auf der Baustelle. Meldungen beim Vereinsvorsitzenden Paul Haubold, Ponsdorfer Weg 9.

In Bad Nauzig stellt Baumeister Schlimper noch 20 bis 25 Maurer ein für dauernde Arbeit.

In Treben bei Altenburg hat die Firma Bernhardt Scharschmidt Nachf. längere Zeit dauernde Arbeit für Maurer. Unterkunft ist vorhanden. Stundenlohn zurzeit 28,40 M., Werkzeugzulage und Begegeld.

Vom Bau.

Dividendenlegen. Die Aktiengesellschaft Bahß & Freitag bereitet für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 24 %. Das Aktienkapital wird von 31 auf 72 Millionen Mark erhöht. Die Gesellschaft ist so reichlich mit Aufträgen versehen, daß auch für das nächste Jahr auf das erhöhte Kapital eine reichliche Dividende in Aussicht steht.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Nach der Neuwahl des Verbandsausschusses durch den vierten Verbandstag in Leipzig hat sich dieser konstituiert und fest sich wie folgt zusammen:

- Otto Hanke, Vorsitzender.
- Wilhelm Lemm, Stellvertreter.
- Franz Kämpfer, Schriftführer.
- Hermann Wallentin, Beisitzer.
- Dito Gladigow, Beisitzer.
- Wartus Kracht, Beisitzer.
- Franz Duade, Beisitzer.
- Paul Szymanski, Beisitzer.
- August Vogel, Beisitzer.

Alle Anfragen, Beschwerden und sonstige Sendungen sind an den Vorsitzenden Otto Hanke, Berlin-Gesundbrunn, Waldweg, zu richten. Der Verbandsausschuß. J. A. Otto Hanke, Vorsitzender.

Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes über das I. Quartal 1922.

Einnahmen.	
Für Beiträge	31 602 984,40 M.
„ Mitgliedsbücher	31 642,50
„ Ertragsbücher	1 658,—
„ Kalender	28 710,—
„ verschiedene Schriften	1 476,—
„ Zinsen	121 165,91
Sonstige Einnahmen	1 270,35
Summa	31 788 857,16 M.

Ausgaben.	
Für das Verbandsorgan	2 267 668,40 M.
„ Arbeiterjugend	9 755,43
„ Agitation inklusive Zuschuß an die Bezirksstellen	790 813,85
„ Streiks und Sperren	2 769 536,80
„ Verhandlungen	24 976,55
„ Arbeitslosenunterstützung	14 912 111,84
„ Krankenunterstützung	5 765 829,89
„ Unterstützung in Sterbefällen	265 087,40
„ Rechtschutz	49 818,13
„ Unterstützung an Gemäßigtere	7 288,80
„ Invalidenunterstützung	50 980,—
„ Gehaltszuschuß an Vereinsangestellte	69 420,35
„ Zentralarbeitsvermittlung	12 494,45
„ Konferenzen und Bezirksitage	462 611,75
„ Beitrag an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund	117 568,75
„ Unterichtsurlaub	19 430,05
„ Kapitalertragsteuer	1 445,38
„ Schriften und Bibliothek	100 269,65
tschliche Verwaltungskosten:	
a) Mitgliedsbücher	344 049,54
b) Aufnahmeweine, Sammelkarten	52 220,—
c) Sonstige Druckfachen	53 901,—
d) Beitragsmarken	25 209,—
e) Stempel und Zuteilg.	6 804,30
f) Bureauante, Heizung und Licht	36 800,35
g) Bureaubedarf und Zeitungsabonnem.	8 550,30
h) Porto, Telegramme, Strafporto usw.	53 799,57
i) Fernsprechgebühren	1 123,60
persönliche Verwaltungskosten:	
a) Gehalt der Vorstandsmittglieder	179 510,40
b) „ Bureauangestellte	330 729,45
c) Revisionen der Hauptkasse	232,25
d) Verbandsausschuß	1 500,—
e) Versicherung der Angestellten	817 830,28
Verluste durch Unterschlagungen in den Vereinen	20 878,61
Summa	29 108 983,12 M.

* Zurückgelassene Gelder in Abzug gebracht.

Bilanz.	
Einnahme	31 788 857,16 M.
Ausgabe	29 108 983,12
Nettoeinnahme	2 679 924,04 M.

Hamburg, 24. Juni 1922. **Herrn Kober, Kassierer.** Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenschemen und Belegen übereinstimmend befunden. Das Verbandsvermögen ist uns nachgewiesenen beziehungsweise vorgelegt worden. Die Revisoren: G. Marks. B. Schulze. B. Zeißig.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Am 20. Juni sind die Abrechnungsformulare usw. für das 2. Quartal an die Vereinsvorsitzenden verandt worden. Sollte es irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir, daß diese Vereine sofort den Verbandsvorsitzenden benachrichtigen.

Vom 18. bis 24. Juni haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Annaberg 14 000 M., Arnberg 20 000, Aue 38 000, Ipsba 10 000, Arneburg 1000, Aurich 5000, Angerburg 1000, Ansbach 9610, Alen 5000, Altmühlgr. S.-M. 10 000, Bochum 80 000, Bremschöben 54 000, Bitterfeld 20 000, Bürgel 2000, Bielefeld 80 000, Bonn 100 000, Wahn 2500, Belgig 1000, Breslau 200 000, Bremen 100 000, Bernau 21 000, Warmen 60 000, Brühl 2500, Caputh 625, Cottbus 38 250, Calbe/de 3900, Coblenz 50 000, Crimmitschau 12 000, Gamin 1000, Deggendorf 7000, Dresden 350 000, Driefen 4700, Dessau 35 000, Dortmund 250, Duisburg 150 000, Delitzsch 13 500, Dintelsbühl 1500, Darmstadt 50 000, Dramburg 3959,60, Düren 40 000, Dillenburg 3000, Effenach 39 500, Effen 87 000, Eichstädt 6100, Einbeck 8000, Eilsberg 5000, Eisenberg 20 000, Elmshorn 8000, Erfurt 20 000, Fran-

furt a. M. 240 000, Fürstenberg 1800, Fulda 12 000, Freiburg im Breisgau 35 000, Fürstfeldbruck 5000, Frelberg i. M. 1000, Finsterwalde 750, Freiburg i. S. 15 000, Göttingen 15 000, Gelsenkirchen 75 000, Götlich 15 000, Götting 4000, Gromau 7150, Grelenau 60 000, Güstrow 4500, Gröningen 2160, Gütigau 175, Gummersbach 14 000, Guben 10 000, Heilbronn 70 000, Hannover 200 000, Hohenstein-E. 25 000, Hagen i. M. 27 000, Hildesheim 20 000, Heidenheim 5000, Halle 56 500, Hamburg 250 000, Sufum 8000, Halberstadt 40 000, Hersfeld 10 000, Jena 2000, Jmmenstadt 8000, Kiel 22 000, Kulmbach 10 000, Karlsruhe 40 000, Kreuznach 19 000, Kronach 6000, Kappeln 5000, Kaiserslautern 35 000, Kellinghufen 4200, Kößlin 710, Köln 600 000, Königsberg i. Pr. 25 000, Königsmutterhausen 12 000, Kolberg 3520, Kumburg 10 000, Leer 10 000, Landsberg a. d. W. 20 000, Lössau 14 000, Langensalza 8000, Lüneburg 20 000, Lörzach 20 000, Siegnitz 21 000, Lübeck 30 000, Mainz 28 500, Mühlhausen i. Th. 12 000, Merseburg 54 500, Mannheim 40 000, Meissen 30 000, Meuselburg 5000, Munster 2450, Mörs 10 000, Meerane 6150, Mühlheim a. d. Ruhr 50 000, Nürnberg 100 000, Naumen 9000, Neumünster 6000, Neubrandenburg 4000, Norkorf 8000, Neustrelitz 3000, Norden 7000, Neisse 5000, Naugard 450, Neuwates 12 000, Neustettin 8000, Niesersleben 7000, Ors 20 000, Oldenburg i. S. 12 600, Ortrand 4000, Oelsfelde 3448,90, Oplau 2000, Passau 23 000, Pirna 19 000, Prien 5700, Pollnow 3124,30, Pyritz 2000, Prießnitz 2000, Pörschheim 24 000, Ratze 2000, Reichenbach i. S. 7500, Rheinsberg 1065, Rajtenburg i. Ostpr. 5000, Reichenbach i. Schl. 15 000, Rieja 12 000, Ravensburg 7000, Radolfzell 1000, Schippenbeil 1377,50, Seimau 20 000, Ströhen 12 000, Saalfeld 10 000, Seelawe 3500, Schleswig 7000, Schlegel 5000, Sangerhausen 4000, Silze 1043,80, Segeberg 3000, Staßfurt 10 000, Spremberg 10 000, Schwiebus 7000, Straßburg 3700, Schramberg 2000, Solingen 45 000, Schmieditz 40 000, Salgedel 2461,90, Seifenberg 40 000, Spittalau 5000, Schwäna 2000, Schöngberg i. Medd. 2000, Seßin 1216, Hfale 15 000, Zillst 25 000, Trebnitz 15 000, Telnitz 20 000, Uetzeren 1000, Ullrich 4000, Ueckermünde 4000, Ulfshöbde 499,80, Wörmis 110 500, Ueckermünde 10 000, Wipfen a. d. Luße 5500, Weisenburg i. S. 5000, Wipfen a. d. W. 5000, Wisbeg 3000, Wriegen 1000, Wittenberg b. Halle 10 000, Wismar 1105, Wittau 30 000, Zwickel 5000, Zarentin 1000, Ziegenrück 10 000, Zossen 8000.

„Grundstein“-Einnahme: Koblenz 30 M., Meissen 60. — Material usw.: Rue 10,50 M.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:

Nachn. Wilhelm Hansen, Hilfsarb., 35 Jahre alt.
Mittling. (Burgartgen.) Ignatz Höll, F., 28 J. alt.
 (Toging.) Gottfried Mittlerer, Hilfsarb., 63 J. alt.
Aurich. Werner Gorath, Maurer, 32 Jahre alt.
Breslau. Otto Hoffmann, Hilfsarb., 51 Jahre alt.
 Gustav Geppert, Maurerpolier, 49 Jahre alt.
 Heinrich Drobner, Zoltierer, 43 Jahre alt.
Burgau. Wilhelm Grundmann, M., 76 Jahre alt.
 Rudolf Biedermann, Maurer, 68 Jahre alt.
 Ernst Kühner, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt.
Darmstadt. (Groß-Zimmerm.) J. Reitzel, M., 67 J. a.
 Dortmund. (Mauel.) P. Gommert, M., 35 Jahre alt.
 Dresden. Ernst Kühn, Maurer, 61 Jahre alt.
Hensburg. Franz Heinrich, Maurer, 64 Jahre alt.
 Freiburg i. Schl. Oswald Tansch, M., 29 Jahre alt.
Gelsenkirchen. Josef Friedrichs, M., 57 Jahre alt.
 Edward Zielinski, Zementierer, 53 Jahre alt.
Großenhain. Emil Dörschel, Maurer, 41 Jahre alt.
Hamburg. Joh. Rath, Hilfsarbeiter, 76 Jahre alt.
 Karl Wolf, Hilfsarbeiter, 48 Jahre alt.
 Adolf Schuldt, Maurer, 38 Jahre alt.
 (Wilhelmsburg.) Wilh. Pilaske, M., 46 Jahre alt.
 Albert Höpner, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt.
Karlshöhe. (Haueneberde.) Andr. Stemmler, M. 57 J.
 Kiel. Hermann Rohde, Maurer, 27 Jahre alt.
Landsberg a. d. W. Hermann Becker, M., 75 Jahre a.
Lauenburg a. b. O. Otto Lucas, Maurer, 47 J. alt.
Lth. (Böhen.) August Adomeit, Maurer, 33 J. alt.
Mannheim. (Mazborf.) Chr. Hahn, M., 39 Jahre a.
München. (Föhring.) Seb. Dendl, Hilfsarb., 28 J. a.
 (Jnnere Stadt.) Karl Bappert, Hilfsarb., 66 J. a.
Neurobe. Josef Süßmit, Maurer, 62 Jahre alt.
Schleibsch. Albert Seilnow, 62 Jahre alt.
Schöningen. Fritz Krohn, Maurer, 48 Jahre alt.
Schweidnitz. Gustav Reinsch, Erbarbeiter, 21 Jahre alt.
Teuchern. (Runtha.) Paul Angermann, M., 31 J.
Wiesbaden. (Weihenhal.) Peter Löhr, M., 51 J. alt.
 Ihre ihrem Andenken!

Der Bezirksverein Kaiserslautern **Hilfskraft.** sucht zum baldigen Eintritt eine Hilfskraft. Bedingung: Vstjährige Zugehörigkeit zur Organisation sowie schreibgewandt und rednerische Fähigkeit. Selbstgeschriebene Bewerbungen, mit einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Angeestellten in der Gewerkschaftsbewegung, müssen spätestens 22. Juli 1922 an den Bezirksverein Kaiserslautern, zu Händen des Kollegen **Jürg.** eingekandt sein. Berücksichtigt werden nur Kollegen aus dem Bezirksverein Kaiserslautern.

Wilhelm Feldhusen, Maurer, geboren am 27. Okt. 1880 in Bremen, wird gesucht. Wer seinen Aufenthaltsort kennt, wird gebeten, die Adresse mitzuteilen an unsern Bezirksverein Bremen, Fangturm 8/9.

Robert Tarnowsky, Maurer, geboren am 27. Okt. 1895 in Posen, wird gesucht. Wer seine Adresse weiß, wird gebeten, diese an **L. Tarnowsky,** Rineburg, Salzbrücker Straße 10, mitzuteilen.